

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 2.2.2012. BÜ 90 und SPD zogen den schon zur Sitzung im November eingereichten Antrag „Keine weiteren Kürzungen der Städtebauförderung“, der sich inzwischen durch die durchgeführten Bundeskürzungen erledigt hat, zurück. Erneut wurde der Aufbau der Tagesordnung - politische Anträge am Schluss der Tagesordnung – kritisiert.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der **SPD zu Undichtigkeiten am Dach des Museum Kunst Palast** erläuterte die Verwaltung, dass in den vergangenen Jahren Instandsetzungs- und Brandschutzmaßnahmen im Dachbereich durchgeführt wurden. Die im 2. Obergeschoss aufgetretenen Feuchtigkeitsschäden werden durch Kondenswasser an einer undichten Dampfsperre im Anschlussbereich an das Dach verursacht. Mögliche Gewährleistungsansprüche werden geprüft. Kunstwerke wurden nicht beschädigt sondern sind vorsorglich entfernt worden.

Mit den **Spenden der IDR an die CDU** und der Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat der CDU e.V. befasste sich eine Anfrage von BÜ 90. Die Verwaltung teilte mit, dass der Aufsichtsrat der IDR die zugrunde liegenden Handlungen durch eine Rechtsanwaltskanzlei sowie den Wirtschaftsprüfer überprüfen lässt. Eine Bewertung wird die Verwaltung erst nach Abschluss der Prüfungen vornehmen. Die Geschäftsführungen und Vorstände der Unternehmen, an denen die Stadt mit 25 % und mehr beteiligt ist, wurden darauf hingewiesen, dass keine Spenden an politische Parteien gewährt werden dürfen. Außerdem soll mitgeteilt werden, ob Zuwendungen bereits gewährt wurden. Ergebnisse liegen noch nicht vor. Der vom Rat im April 2011 beschlossene Corporate Governance Kodex wurde den Unternehmen im Mai 2011 zur Verfügung gestellt. Für Mehrheitsbeteiligungen ist der Kodex bindend, sonst wurde die Anwendung empfohlen. Nach Vorliegen der Prüfungsergebnisse sollen ggf. weitere Schritte eingeleitet werden.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 teilte die Verwaltung mit, dass mit den Veranstaltern der **Düsseldorfer Rheinkirmes** Vereinbarungen über die **Barrierefreiheit** getroffen wurden. Es werden drei behindertengerechte Toilettenwagen aufgestellt und mindestens 20 behindertengerechte Stellplätze unterhalb der Knie-Brücke eingerichtet, die personell betreut werden und bei Bedarf auch ausgeweitet werden sollen. Mit den Betreibern der Festzelte wird der Veranstalter den barrierefreien Zugang vereinbaren (ab 200 Besuchern ist mindestens ein Zu-/Ausgang für Rollstuhlfahrer baurechtlich vorgeschrieben). Die Betreiber der Fahrgeschäfte sollen unter Beachtung technischer und finanzieller Möglichkeiten barrierefreie Zugänge herstellen. Im Kirmesprogramm soll auf die Standorte der Parkplätze und Toilettenwagen hingewiesen werden.

CDU und FDP fragten nach dem Verfahren zur **Neugestaltung der Schadowstraße**. Die Verwaltung berichtete, dass erste Gespräche mit der Standortgemeinschaft, der IHK und dem Einzelhandelsverband zum weiteren Vorgehen geführt wurden. Es soll ein offenes Forum zur Ideenfindung durchgeführt werden, in dessen Rahmen auch Beispiele aus vergleichbaren Einkaufsstraßen vorgestellt werden sollen. Auch soll geprüft werden, ob die Gestaltung bis zum Wehrhahn ausgedehnt werden soll. Nach Auswertung der Diskussionen soll der Grundsatzbeschluss zur Verkehrslösung und dem weiteren Vorgehen gefasst werden. Die Straßenoberflächen in den Bereichen der Häuser 49-65 werden bis Ende 2013 wieder eine geschlossene Baustelle, wobei vor den Häusern ein 5 m breiter Fußweg bleibt. Ab 2014 wird für den Ausbau des U-Bahnhofes Schadowstraße der Bereich vor den Häusern 59 bis 67 in Anspruch genommen. Während der Weihnachtsmärkte werden freie Flächen eingerichtet. Temporäre Aufwertungen der Schadowstraße sollen mit den Einzelhändlern abgestimmt werden.

Mit Maßnahmen zum **Lärmschutz in Wersten** befasste sich eine Anfrage von CDU/FDP. Die Lärmberechnungen des Landesbetriebs Straßenbau zeigten bei Berücksichtigung des Lärms der A 46 Überschreitungen der Lärmwerte von 67 dba tagsüber und 57 dba nachts

an 8 von 32 Messpunkten. Der Lärm von städtischen Straßen verursacht an 4 Wohngebäuden Überschreitungen der Werte. Wenn beide Lärmquellen berücksichtigt werden, werden an 14 Gebäuden die Werte überschritten. Die Verwaltung wies darauf in, dass 360 Straßenabschnitte in Düsseldorf belastet sind, zumeist mit mehr betroffenen Menschen und höherer Belastung. Bei den Neubauten am Brassertweg wurden die Lärmbelastungen schon berücksichtigt. Die Reparatur des Abschnittes der A 46 mit einem Lärm mindernden Dünnschichtbelag zu versehen, der zu einer Reduzierung der Lärmwerte um 3 bis 4 dbA führt, hält die Verwaltung für eine geeignete Maßnahme. Langfristig ist eine umfassende Erneuerung mit einem lärm mindernden Asphalt notwendig, allerdings ist dies nicht vor 2017 vorgesehen. Schallabsorbierende Maßnahmen an den Trögen und Wänden werden vom Landesbetrieb aus technischen Gründen abgelehnt.

Anträge der Fraktionen

Der Antrag von **BÜ 90**, die Verwaltung zu beauftragen, bis zur Sommerpause einen Satzungsentwurf für eine **Zweckentfremdungsverordnung** zu erarbeiten, wurde in den Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung überwiesen.

Der **Integrationsausschuss** hatte bei Enthaltung von CDU und FDP auf Antrag von BÜ 90 beschlossen, den Rat zu bitten, sich gemeinsam mit den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, ProAsyl und vielen Organisationen für eine **gesetzliche Bleiberechtsregelung** ohne Stichtag auszusprechen. Hierbei sollte es eine Härtefallklausel geben für alte, kranke, traumatisierte und arbeitsunfähige Menschen, die die Anforderungen der Lebensunterhaltungssicherung auf absehbare Zeit nicht erfüllen können. Die CDU beantragte nun Rücküberweisung in den Integrationsausschuss, da nach der Beschlussfassung im Ausschuss die Innenministerkonferenz festgestellt hat, dass die gesetzlichen Grundlagen ausreichen, um Menschen, die ihren Lebensunterhalt selbst sichern können, dauerhaftes Bleiberecht gewähren zu können. Die FDP hielt sich für Nichtzuständig, die Vermittlung eines negativen Abstimmungsergebnisses für schwierig und beantragte ebenfalls die Rücküberweisung in den Integrationsausschuss. Die Überweisung erfolgte einstimmig.

Die **Linke** beantragte, zu beschließen, die Ausstellung „**Verfolgung und Widerstand in Düsseldorf**“ der Mahn- und Gedenkstätte im Foyer des Rathauses zu präsentieren und die Eröffnung zum 17.4.2012 zu gewährleisten. Nachdem die Verwaltung erklärte, dass die Ausstellung nicht mehr existiert und an einer Neukonzeption gearbeitet wird, wurde der Antrag zurückgezogen.

Die **SPD** hatte einen Antrag eingereicht, um die **Errichtung von Projekten der Jugendhilfeplanung** zu beschleunigen. Abgestimmt wurde dann über eine von BÜ 90 eingebrachte Änderung, in den städtebaulichen Verträgen und Grundstückskaufverträgen die rechtzeitige Fertigstellung vertraglich abzusichern. Dies wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt. Der Antrag der SPD, in städtebaulichen Verträgen eine Ersatzvornahme festzuschreiben, wurde von allen anderen Ratsmitgliedern abgelehnt.

Auf Antrag der **FDP** beauftragte der Rat gegen 2 Stimmen (CDU, Oberbürgermeister) die Verwaltung zu prüfen, wie und mit welchen Kosten eine optisch unauffällige, **glatte Wegverbindung über den Burgplatz** geschaffen werden kann, um ein barrierefreies Überqueren des Burgplatzes zu ermöglichen. Der Antrag der Linken, 107.000 Euro bereitzustellen, damit eine entsprechende Wegeverbindung hergestellt werden kann, und die Verwaltung zu beauftragen, kurzfristig die Planung vorzulegen, wurde von den anderen Fraktionen bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Personalien

Der Rat

- ersetzte im Schulausschuss den verstorbenen Roger Krempe durch Philipp Tacer (SPD) und
- im Beirat der Sana Klinik Helga Leibauer durch Rajiv Strauß (SPD).

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken eine Anpassung der **Personal- und Fahrzeugkostensätze des Stadtentwässerungsbetriebes** zum 1.3.2012. Die Personalkosten steigen um 1,1-1,6 %, die Fahrzeugkosten um 1,9-2,5 %.

Der Rat beschloss einstimmig die **Auflösung der Karl-Röttger-Tageshauptschule Diepenstraße** zum 31.7.2012. Für das Schuljahr 2012/13 kann nur eine Klasse der Jahrgangsstufe 8 gebildet werden, außerdem wird es jeweils zwei Klassen der Stufen 9 und 19 geben. Die Gesamtschülerzahl wird dann bei unter 100 liegen, sodass die Weiterführung der Tagesschule weder pädagogisch noch organisatorisch sinnvoll ist. Die SchülerInnen werden an anderen Hauptschulen aufgenommen, wobei Wünsche berücksichtigt werden können.

Der Rat nahm den **Demografiebericht 2011** zur Kenntnis. Die Bevölkerung wird von 588.169 im Jahr 2010 auf ca. 605.500 Personen im Jahr 2025 zunehmen. Die Zahl der unter 6-Jährigen wird von derzeit knapp 33.000 auf über 34.000 Personen ansteigen. Für die Altersklasse 6 bis unter 18 Jahren wird eine Zunahme um knapp 7.000 Personen prognostiziert, von derzeit 56.300 auf 63.200 Personen. Die Altersklasse der 18- bis unter 30-Jährigen wird einen Zuwachs von 87.000 auf 90.000 Personen erfahren. Im Alter zwischen 30 und 40 Jahren werden sich 94.300 Personen befinden, 2.600 mehr als im Jahr 2010. Die Anzahl der Personen in den Altersjahren zwischen 40 und 50 Jahren wird von derzeit 99.700 auf 85.500 im Jahr 2025 zurückgehen. In der Altersgruppe zwischen 50 und 65 Jahren wird es zu einem Anstieg um 16.000 Personen auf 122.800 kommen, in der Altersgruppe zwischen 65 und 80 wird es einen Rückgang um 7.500 Personen auf 78.600 geben. Der Anteil der Hochbetagten (über 80) wird um 9.300 Personen auf nahezu 37.000 steigen.

Investitionen

Der Rat

- beschloss die Ausführung und Finanzierung des **Projektes „Beleuchtungsanlage Danziger Straße in Verbindung mit der Erprobung der verkehrsabhängigen Beleuchtungssteuerung“** mit Gesamtkosten von 1,24 Mio Euro, wobei im Rahmen des Bundeswettbewerbs „energieeffiziente Straßenbeleuchtung“ 0,74 Mio vom Bund bezuschusst werden. Das Beleuchtungsniveau wird anhand der Verkehrssituation erkannt und bei zählfließendem Verkehr oder einer Stausituation erhöht. Auch eine manuelle Beeinflussung durch die Verkehrsleitzentrale ist möglich. Als Leuchtmittel auf 8 m Masten wird eine energieeffiziente und dimmbare Natriumdampf-Hochdrucklampe eingesetzt.

Baurecht

Der Rat erteilte gegen SPD, BÜ 90, Linke, freie Wähler, Laubenburg die **Abbruchgenehmigung für das Wohnhaus Inselstraße 33**. Die Bezirksvertretung 1 hat den Abriss des Gebäudes abgelehnt, für das eine Erhaltungssatzung gilt. Die Verwaltung verwies auf ein „externes Rechtsgutachten“, das ein Bevollmächtigter des Bauherrn erstellt hat. Es kommt zu dem Ergebnis, dass, wenn ein Gebäude aufgrund seiner Bausubstanz abgängig ist, selbst dann die Abbruchgenehmigung erteilt werden muss, wenn das Gebäude zum geschützten Straßen- und Ortsbild wesentlich beiträgt.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de